

18.07.05

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes
und zur Änderung des Einkommensteuergesetzes**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 15. Juli 2005

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am
30. Juni 2005 verabschiedeten

Zwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes
und zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Absatz 2 des
Grundgesetzes einberufen wird.

Gerhard Schröder

An den
Präsidenten des Bundesrates

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungs-
ausschusses am 18. Juli 2005 zugeleitet.

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 516/05 (Beschluss)